

## Schüler sollen DDR besser kennenlernen

**BILDUNG** Poppe kritisiert „Aufarbeitungsstau“

Von Torsten Gellner

**POTSDAM** | An Brandenburgs Schulen soll die DDR-Geschichte eine stärkere Rolle spielen. Statt wie bisher erst in der zehnten Klasse, soll die jüngere deutsche Vergangenheit ab kommendem Schuljahr bereits in den Klassen sieben und acht verpflichtend unterrichtet werden. Das sagte Stephan Breiding, Sprecher des Bildungsministeriums, gestern der MAZ.

Derzeit werden die Rahmenlehrpläne für die Fächer Geschichte, politische Bildung und Geographie überarbeitet. Das Ergebnis soll in Kürze vorgestellt werden. Da Geschichte bisher chronologisch vermittelt wurde, kam es immer wieder vor, dass die jüngste Vergangenheit unter hohem Zeitdruck oder gar nicht behandelt wurde.

Die mangelnde Geschichtsvermittlung in Brandenburg war immer wieder scharf kritisiert worden. So auch gestern von Ulrike Poppe, der Stasi-Beauftragten des Landes. Sie hatte gegenüber der „Märkischen Oderzeitung“ einen „Aufarbeitungsstau“ beklagt. Schüler würden zu wenig über die DDR erfahren, so Poppe, die sich bei Besuchen an Schulen „erschreckt“ zeigte. Dort würden Lehrer die DDR verklären, sagte sie.

„Diese Beobachtungen an einigen Schulen sind sicher

nicht falsch“, räumte Breiding ein. Das sei jedoch kein flächendeckendes Phänomen. Die Kritik der CDU an mangelnden Unterrichtsmaterialien zum Thema wies er zurück. „Die Strukturen sind gut, es gibt unzählige Handreichungen“, sagte er.

Gordon Hoffmann, bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion, stimmte Ulrike Poppes Diagnose zu. Er kritisierte mangelnde Vorgaben aus dem Ministerium, wie die DDR-Vergangenheit

zu behandeln sei. Man dürfe Lehrer aber nicht unter Generalverdacht stellen, warnte er. „Menschen in der DDR sind zu Recht stolz darauf, was sie unter erschwerten Bedingungen geleistet haben. Warum man aber auf die erschwerten Bedingungen selbst stolz

ist und sie verteidigt, das verstehe ich nicht.“

Poppe plädierte dafür, Lehrer in Gesprächen dazu zu bewegen, ihre eigene Arbeit in der DDR infrage zu stellen. „Das kann man nicht verordnen“, dämpfte Breiding die Erwartungen. Doch auch im Ministerium hält man die kritische Auseinandersetzung von Lehrern mit ihrer eigenen Geschichte für wichtig. „Das müssen sie tun, anders geht es nicht“, so Breiding. Das sei eine persönliche Herausforderung, aber auch eine Chance, Geschichte authentisch zu vermitteln.



Ulrike Poppe

FOTO: MAZ/B.G.